

## **Von Krise zu Krise – Transformation ohne Ende?**

Tagung des SFB 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“ und des Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“ am 14./15.6.2012 in Jena

### **Panel 2: Krise der Ökonomie, Krise der Arbeit?**

## **Fortgeschrittene Kapitalismen im Wachstumsdilemma.**

### **Zehn Thesen.**

Klaus Dörre  
Jena, 9. Juni 2012

#### ***Vorbemerkung: Krise! Welche Krise?***

In „Soziologie – Kapitalismus – Kritik“ (Dörre/Lessenich/Rosa 2009) hat die „zweite große Wirtschaftskontraktion“ (Reinhardt/Rogoff 2010) in meinem Beitrag eine zentrale Rolle gespielt. Ich habe die Verwerfungen von 2007-2009 – mit aller Vorsicht, die angesichts fortlaufender Ereignisse geboten ist – als große „Transformationskrise“ (Dörre 2009: 70) bezeichnet. Dieser Begriff sollte den Umstand Rechnung tragen, dass die Krise keine der Ökonomie oder des Finanzsystems bleiben, sondern das gesamte Ensemble gesellschaftlicher Regulationen einschließlich der demokratischen Institutionen erschüttern würde. Zugespitzt formuliert: Die fortgeschrittenen Kapitalismen würden, so meine Hypothese, anders aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise herauskommen, als sie in diese Krise hineingegangen waren. Aus der heutigen Sicht scheint diese Hypothese doppelt widerlegt: Einerseits ist von einem „Triumph gescheiterter Ideen“ (Paul Krugmann), vom „befremdlichen Überleben des Neoliberalismus“ (Colin Crouch) die Rede; andererseits scheint der rheinische Kapitalismus bzw. – wie es heute wieder heißt – die soziale Marktwirtschaft deutscher Prägung als Triumphator aus der Krise hervorzugehen (Dullien/Herr/Kellermann 2009, Müller-Jentsch 2011). Ohne diesen Sichtweisen den Realitätsgehalt völlig abzusprechen, möchte ich ihnen eine andere Deutung entgegen setzen. Weder haben wir es ausschließlich mit einer Kontinuität des Neoliberalismus, noch mit einer Renaissance der sozialen Marktwirtschaft zu tun. Die globale Kontraktion von 2007-2009 wirkt als Katalysator einer tiefgreifenden Transformation der fortgeschrittenen Kapitalismen.

1. **Verdichtungs-These:** *(Transformations-)Krisen sind raum-zeitliche Verdichtungen von Störungen, präziser: von Grenzen kapitalistischer Akkumulation, die sich im Zeitverlauf beständig bemerkbar machen, nun aber einen gesellschaftlichen Wendepunkt, eine grundlegende Entscheidungssituation herbeiführen.*

In kapitalistischen Gesellschaften ist es schwierig, Krisen von Nicht-Krisen abzugrenzen. Der Begriff Krise steht zunächst synonym für „Entscheidung“ oder „Wendepunkt“; er ist „die allgemeine Bezeichnung „für die plötzliche Zuspitzung oder das plötzliche Auftreten einer Problemsituation, die mit den herkömmlichen Problemlösungstechniken nicht bewältigt werden kann“ (Lexikon zur Soziologie 2007: 372). Diese allgemeine Definition lässt sich auch auf ökonomische Krisen übertragen. Kapitalistische Gesellschaften zeichnen sich seit ihrer Entstehung durch eine enorme Anpassungsfähigkeit aus. Selbst schwerste sozioökonomische Krisen haben in der Vergangenheit allenfalls als Treiber für eine Revitalisierung kapitalistischer Dynamik gesorgt.<sup>1</sup> Der Kapitalismus ist, wie schon Marx wusste, kein fester Kristall, keine geronnene Struktur; er „ist nichts, wenn er nicht in Bewegung ist“<sup>2</sup>. Auf die Selbstverwertung von Wert programmiert, beziehen kapitalistische Gesellschaften ihre Dynamik geradezu aus der Fähigkeit dominanter Akteure, immanente Grenzen kapitalistischer Akkumulation zumindest zeitweilig zu umgehen oder zu überwinden, wobei „jede Schranke von einer anderen abgelöst werden kann“.<sup>3</sup> Eben dies wird in der globalen Krise von 2007-2009 und ihren Folgen sichtbar. Aus der Perspektive einer Theorie kapitalistischer Landnahmen kann die globale ökonomische Krise von 2007-2009 als raum-zeitliche Verdichtung selbsterzeugter Grenzen finanzkapitalistischer Akkumulation und Reproduktion interpretiert werden, die das gesamte Ensemble gesellschaftlicher Regulationen erfasst und die maßgeblichen gesellschaftlichen Akteure zu strategischen Entscheidungen und neuen Problemlösungen zwingt.

2. **Rationalisierungs-These:** *Krisen gehören organisch zum Modus operandi finanzkapitalistischer Landnahmen. Sie lassen sich über längere Zeiträume hinweg effizient managen. Zumindest im Euro-Raum scheint nun ein Umschlagpunkt erreicht: Keine Regierung, kein Unternehmen weiß, wie die strukturellen Krisenherde einzudämmen und die Krisenfolgen zu bewältigen sind.*

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu die Kontroverse in: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009): Soziologie. Kapitalismus. Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

<sup>2</sup> Harvey, David (2010): A Companion to Marx's Capital. New York: Verso. Dt.: Ders. (2011): Marx' Kapital lesen. Hamburg: VSA, S. 23. Alle nachfolgenden Zitate beziehen sich auf die deutsche Ausgabe.

<sup>3</sup> Ebd., S. 373.

Der Subprime-Krise in den USA, die sich binnen weniger Monate zu einer globalen Finanzkrise mauserte, ist eine lange Krisengeschichte voraus gegangen. Mexikanische Schuldenkrise 1994/95, Asienkrise 1997, russische Schuldenkrise 1998, brasilianische Schuldenkrise 1999, Platzen der New-Economy-Blase einschließlich Börsencrash 2000 sowie die Schuldenkrise Argentiniens 2001 sind nur einige der wichtigsten Stationen einer durchgehenden Krisengeschichte. Viele dieser Krisen zeitigten dramatische Folgen für die betroffenen Bevölkerungen; dennoch ließen sie sich aus der Sicht ökonomischer und politischer Eliten in gewisser Weise effizient managen: Ihre Folgen waren Vermögenstransfers und Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft. Doch mit der Kontraktion von 2007-2009 scheint innerhalb des Euro-Raums ein Umschlagpunkt erreicht. Der europäische Fiskalpakt impliziert ein trans-nationales Austeritäts-Regime, das die Ungleichgewichte in der EU verstärkt und die Souveränität zumindest der subdominanten Mitgliedsstaaten aushöhlt. Offenkundig sind die Grenzen eines lediglich reaktiv-reparierenden Krisenmanagements erreicht. Es bleibt nur die Radikalisierung des finanzkapitalistischen Modus operandi oder die Suche nach völlig neuen Lösungen.

*3. **Doppelkrisen-These:** Das historisch Neue der gegenwärtigen Krisenkonstellation besteht darin, dass der expansive Charakter fortgeschrittener Kapitalismen an Grenzen geraten ist. Wir befinden uns inmitten einer lange anhaltenden ökonomisch-ökologischen Doppelkrise.*

Finanzkapitalistische Landnahmen münden in eine ökonomisch-ökologische Doppelkrise. Als 2009 die Weltwirtschaft einbrach, bedeutete das für große Teile der Bevölkerungen in den „Verliererstaaten“ nicht nur der Europäischen Union ein soziales Desaster. Was Kritiker Pierre Bourdieus für eine polemische Übertreibung hielten, wird nun Realität. Prekarität als Alltagserfahrung ist z.B. in einigen südeuropäischen Krisenstaaten tatsächlich „überall“.<sup>4</sup> Doch was ökonomisch und sozial Unsicherheit bewirkt, ist ökologisch gesehen scheinbar ein Segen. Denn das wirtschaftliche Minuswachstum – und nicht etwa eine höhere Ressourceneffizienz oder der beschleunigte Umstieg auf erneuerbare Energien – sorgte 2009 für einen erheblichen Rückgang der klimaschädlichen Emissionen. Als die Konjunktur 2010 anzog, war das Rekordniveau der Emissionen aus 2008 (31,5 Millionen Tonnen CO<sup>2</sup>-Emissionen) jedoch rasch

---

<sup>4</sup> „Wir wissen nicht, was nächste Woche sein wird... Wir alle denken nur noch an den nächsten Tag. Wir alle reden nur noch übers Überleben.“ Statement einer griechischen Lehrerin zu den sozialen Auswirkungen des staatlichen Krisenmanagements, SZ vom 26.09.2011. Vgl. auch: Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall. In: Ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz, S. 96-102.

wieder erreicht. Der globale CO<sup>2</sup>-Ausstoß übertrifft inzwischen noch die pessimistischsten Prognosen des UN-Klimarates (IPCC).<sup>5</sup> Auch der Energieverbrauch pro erwirtschafteten Dollar, der vor allem in den Schwellenländern weiterhin mit einer extensiven Nutzung fossiler Energieträger verbunden ist, bewegt sich auf höchstem Level. Der jüngste Bericht des Weltklimarates geht in einem pessimistischen Szenario daher von einer globalen Erwärmung um fünf Grad bis 2100 aus; die Internationale Klima Agentur (IEA) hält mittlerweile gar sechs Grad für möglich.<sup>6</sup> Politischen Bemühungen, die Erderwärmung bis 2100 auf durchschnittlich zwei Grad zu begrenzen, wären demnach schon im Ansatz gescheitert. Anpassung an einen anthropogenen Klimawandel, der bereits auf dem gegenwärtigen Niveau katastrophale Auswirkungen zeitigt<sup>7</sup>, bliebe den entscheidungsfähigen Eliten als einzig verbleibende strategische Option. Angesichts dieser anhaltenden Krisenprozesse (nicht nur) in den Kernregionen des globalen Nordens, scheint es, als büße der Imperativ einer dynamischen Selbststabilisierung kapitalistischer Gesellschaften seine Fraglosigkeit ein. Die Wechselbeziehungen zwischen wirtschaftlichem Wachstum einerseits sowie extensiver Nutzung endlicher Ressourcen und klimaschädlichen Treibhausgasemissionen andererseits, haben Verwerfungen erzeugt, die in dieser Ausprägung und Kombination historisch neu sind.

*4. System-These: Die gegenwärtige Krisenkonstellation berührt – relativ unabhängig von der Stärke oder Schwäche systemoppositioneller Bewegungen – den Funktionskern kapitalistischer Vergesellschaftung.*

Gerade die kapitalistischen Kernregionen bewegen sich zwischen Scylla und Charybdis. Schon mittelfristig gibt es für sie anscheinend nur die Wahl zwischen zwei alternativen Entwicklungsoptionen. Entweder gelingt es, das Wirtschaftswachstum sozial und ökologisch nachhaltig, das heißt auch robust und krisenfest zu machen oder die entwickelten Kapitalismen müssen sich dem bislang sehr vagen Leitbild von Steady-State-Ökonomien<sup>8</sup> annähern und Stabilität trotz Nicht-Wachstum ermöglichen. Gleich welche der beiden Alternativen als Leitbild favorisiert wird, wir stehen vor einer erneuten und wahrscheinlich dramatischen gesellschaftlichen Transformation, die nun ausgerechnet jenes Gesellschaftssystem erfasst, das

---

<sup>5</sup> „Die Welt gibt wieder Vollgas“. In: Frankfurter Rundschau vom 5./6.11.2011, S., 6. Die Tageszeitung beruft sich auf Zahlen des US-Energieministeriums.

<sup>6</sup> Kohlschwarze Aussichten. In: Frankfurter Rundschau vom 10.11.2011, S. 16.

<sup>7</sup> Die Gletscherschmelze in den Anden erzeugt z.B. massive Trinkwasserprobleme; in Asien leben 635 Mio. Menschen in niedrigen Küstenregionen, die von Überflutungen bedroht werden. Auf dem afrikanischen Kontinent mit seinen 330 Mio. Unterernährten genügen zwei Grad Erderwärmung, um die Ernteerträge zu halbieren etc. Vgl. Müller, Michael (2009): Last Exit Kopenhagen, doch die Party geht weiter. In: spw Heft 175, S. 14-19.

<sup>8</sup> Daly, Herman (1996): Beyond Growth. Washington DC: Beacon Press.

Bevölkerungsmehrheiten in den osteuropäischen Gesellschaften vor zwei Jahrzehnten als Ziel einer erwünschten Systemtransformation galt.

- 5. *Machtverschiebungs-These:*** *Das Krisenmanagement hat zu Vermögenstransfers und Machtverschiebungen geführt. Die Gewinner der Krise – Staaten, Staatenblöcke und große Unternehmen – sorgen für Kontinuität im Wandel.*

Der expansive Modus operandi finanzkapitalistischer Landnahmen kann sich nur stabilisieren, wenn – z.B. mittels Privatisierung, Deregulierung, Patenten auf Gene und Lebenswesen, Biopiraterie oder die kalte Enteignung überschuldeter Eigenheimbesitzer – immer neue Vermögenstitel in den Kapitalkreislauf eingespeist werden. Dieser krisenträchtige Modus operandi wird von einem Machtzentrum am Leben gehalten, das sich klar benennen lässt. Colin Crouch spricht von Marktgiganten, marktbeherrschenden Unternehmen, deren schiere Größe es ermöglicht, demokratische Willensbildung auszuhebeln. Einer aktuellen Netzwerkanalyse zufolge besitzen ca. 43.000 international agierende Konzerne Kontrollmacht; 1.318 Firmen beherrschen im Durchschnitt mindestens 20 andere Unternehmen und damit vier Fünftel des globalen Umsatzes. Von diesen Unternehmen bilden wiederum 147 eine „Supereinheit“, die ca. 40 Prozent der globalen Unternehmensnetzwerke kontrolliert. Zu den 50 einflussreichsten Unternehmen zählen nahezu ausschließlich Banken, Fondsgesellschaften und Versicherungen. Insgesamt können drei Viertel der Firmen aus der „Supereinheit“ dem Finanzsektor zugerechnet werden. Für diese Unternehmen ist die Akkumulation von (häufig fiktivem) Kapital gleichbedeutend mit der „Akkumulation politischer Macht“ (Hannah Arendt). Sie repräsentieren Interessen und sie monopolisieren Expertenwissen – die Konservierung, ja Radikalisierung des finanzkapitalistischen Modus operandi ist aus der Perspektive dieser Akteure völlig rational, solange der gesellschaftliche Möglichkeitsraum entsprechende Optionen offen hält.

- 6. *Soziale-Marktwirtschaft-These:*** *Die vielfach behauptete oder erwünschte Renaissance der sozialen Marktwirtschaft ist eine Illusion. Deutschland verdankt seine Position „alten Stärken“, die jedoch im Rahmen einer Dominanzstrategie reaktiviert werden.*

Beim „deutschen Beschäftigungswunder“ handelt es sich keineswegs um ein Modell, das sich international beliebig nachahmen ließe. Im Gegenteil, die beschäftigungspolitischen Erfolge

basieren (1) wesentlich auf einem „Exportismus“, der die ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte in Europa durch Lohnzurückhaltung und die Bescheidung von Sozialeigentum weiter verstärkt. Diese Erfolge beruhen (2) in hohem Maße auf der Nachfrage aus den BRICS-Staaten, insbesondere Chinas. Sie sind – zugespitzt formuliert – abhängig von den Konjunkturprogrammen der chinesischen Regierung. Das „Beschäftigungswunder“ beruht (3) auf einem „konservativen“ Wohlfahrts- und Reproduktionsmodell, das veränderte Lebensformen und die durchschnittlich höhere Erwerbsbeteiligung (westdeutscher) Frauen mit einer Dienstleistungslücke im sozialen Bereich und einer Ausbreitung neuer, häufig informeller Dienstbotentätigkeiten beantwortet. Der beschäftigungspolitische Erfolg verdankt sich (4) einer Ausweitung diskriminierender Prekarität, die inzwischen ca. ein Drittel der Beschäftigten betrifft. Und er ist (5) nicht das Ergebnis kommodifizierender Arbeitsmarktreformen, sondern der Wiederbelebung vermeintlich antiquierter Instrumente aus der Ära der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Kurzarbeit, Abwrackprämie).

*7. Vollerwerbsgesellschafts-These: In der Bundesrepublik hat sich anstelle der sozial integrierten fordistischen Lohnarbeitsgesellschaft eine prekäre Vollerwerbsgesellschaft herausgebildet.*

Charakteristisch für die Vollerwerbsgesellschaft ist die Überwindung oder Verdeckung von Erwerbslosigkeit durch eine historisch neue Form der Prekarität. Es handelt sich um eine Prekarität auf einem noch immer vergleichsweise hohen Reichtums- und Sicherheitsniveau. In der Wahrnehmung der beteiligten Akteure konstituieren Prekarisierungsprozesse eine Hierarchie, in der diejenigen, die in den schwierigsten Verhältnissen leben und die zugleich über die geringsten Machtressourcen verfügen, sich als Angehörige minoritärer Gruppen erleben, deren alltäglich Lebenspraxis von den Standards der „Mehrheitsgesellschaft“ abweicht. Im Erwerbssystem verfügen die prekarisierten Gruppen kaum über organisatorische- und institutionelle Lohnabhängigenmacht. Und soweit sie auf einer besonderen Stellung am Arbeitsmarkt oder in Arbeitsprozessen beruht, ist auch strukturelle Macht kaum vorhanden. Im Reproduktionsbereich wird diese relative Ohnmacht durch fehlende Zeitsouveränität und selektive Zugänge zu sozialen Netzen zusätzlich verstärkt. Wenngleich diese relative Ohnmacht der Prekarisierten im Produktions- und Reproduktionssektor aus je spezifische Ursachen resultiert, generiert sie dennoch einen gleichgerichteten Effekt. Immer scheint es, als lasse sich die nächste Stufe in der sozialen Hierarchie, die ein wenig Mehr an „Normalität“ verspricht,

durch eigene Anstrengung erklimmen. Auf diese Weise entsteht ein Trend zur Produktion geduldiger Arbeitskräfte, der aufgrund seiner disziplinierenden Wirkung auch für Stammbeschäftigte alle Formen einer inklusiven, unternehmensübergreifenden Solidarität erschwert.

**8. Kolonialisierungs-These:** *In den fortgeschrittenen Kapitalismen haben sich flexible Produktionsweisen und Regimes einer diskontinuierlichen Zeit durchgesetzt, die einen expansiven Zugriff auf das menschliche Arbeitsvermögen ermöglichen und die Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und – häufig unbezahlten – Tätigkeiten verschieben.*

Die besondere Expansionskraft der finanzkapitalistischen Landnahme beruht darauf, dass sie dominanten kapitalistischen Akteuren innerhalb wie außerhalb des Erwerbssystems Chancen bietet, Flexibilisierungsleistungen samt der damit verbundenen Tätigkeiten als Gratisressource zu nutzen. Überschüssige, häufig nicht formalisierte und unbezahlte Tätigkeiten werden zur „Kolonie“, deren Ausbeutung besondere Flexibilitätsgewinne verspricht. Die Effizienz und Effektivität flexibler Produktionsweisen beruht wesentlich auf der sekundären Ausbeutung unbezahlter Arbeitstätigkeiten. Würden Frauen ihre unbezahlten Care-Tätigkeiten nur um 10 % reduzieren, entspräche dies einer Schließung sämtlicher Einrichtungen im bezahlten Gesundheits- und Sozialwesen. Eine Besonderheit dieser Tätigkeiten, die sie mit bezahlten Humandienstleistungen teilen, ist ihre Sperrigkeit gegenüber Rationalisierungsbemühungen. Die Charakteristika von Care-Tätigkeiten und bezahlten Humandienstleistungen bewirken, dass ihr Volumen in Relation zu den leichter rationalisierbaren Produktionsarbeiten kontinuierlich steigt. Mit der Flexibilisierung der Erwerbsverhältnisse müsste die Abhängigkeit nicht nur der Klienten, sondern des gesamten Produktionssektors von den Care-Tätigkeiten eigentlich wachsen; die gesellschaftliche Wertschätzung der Sorge- und Pflegearbeit müsste zunehmen und, soweit es sich um bezahlte Dienstleistungen handelt, ihre Entlohnung steigen. Empirisch lässt sich allerdings das Gegenteil nachweisen. Aufgrund des Einsatzes staatlich-politischer und symbolischer kultureller Disziplinierungsmechanismen ist care work zu einem Hauptfeld der Prekarisierung geworden.

**9. Reproduktions-These:** *Ein Schlüssel zur Überwindung der epochalen Krise liegt bei der Neuorganisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit und hier insbesondere im Schnittfeld von flexibler Produktions- und - bezahlter wie nicht bezahlter Reproduktionsarbeit.*

In der gesellschaftlichen Aufwertung von Humandienstleistungen und care work liegt ein Schlüssel zu ökonomisch und sozial nachhaltigen Postwachstumsgesellschaften. Vor allem in diesen Sektoren ist in den Gesellschaften des globalen Nordens sinnvolle Arbeit zu verteilen. Wenn überhaupt, so sind es diese Sektoren, die Wachsen können. Ohne sinnvolle, befriedigende Arbeit lassen sich nachhaltige Lebensstile individuell nicht verwirklichen. Daher ist die Neudefinition von Arbeit ein zentrales Feld gesellschaftlicher Transformation. Im Bereich von Humandienstleistungen und care work lassen sich exemplarisch die Dimensionen des bevorstehenden Wandels diskutieren: (1) Aufwertung und bessere Bezahlung eines Teils dieser Tätigkeiten, (2) Finanzierung über Steuern und umverteilende Steuerpolitik, (3) neue Eigentumsformen (genossenschaftlich organisierte Dienstleister), (4) neuartige Verzahnungen von Öffentlichem und Privatem, (5) Demokratisierung von Dienstleistungsarbeit durch Mitbestimmung von Produzenten und Klienten, (6) geschlechtergerechte Arbeitszeitverkürzungen und Zeit für Arbeit an der Demokratie lauten einige wichtige Stichworte für eine Transformationsperspektive.

*10. Transformations-These: Der Übergang von kapitalistischen Wachstums- zu (nicht-kapitalistischen?) Postwachstumsgesellschaften wird sich, wenn überhaupt, als langwieriger Übergang analog zur Transformation feudaler in kapitalistische Gesellschaften vollziehen.*

Soziologische Forschung und Kritik kann weder die Zukunft voraussehen noch erwünschte Zukünfte herbeiführen. Drei Phänomene verdienen allerdings analytisch Beachtung, weil sie sich zum Befund eines „Überlebens des Neoliberalismus“ zumindest sperrig verhalten:

- die Gegenlandnahmen sozialer Bewegungen, die keineswegs allesamt „ohne Programm“ sind, sondern die auf mikrosozialer Ebene neue gesellschaftliche Koordinationsmechanismen praktisch erproben (solidarische Ökonomie);
- politische Eliten, die aufgrund gesellschaftlicher Dynamiken geradezu gezwungen sind, Forderungen und Zielsetzungen zu übernehmen, die zuvor im Spektrum oppositioneller sozialer Bewegungen entwickelt wurden (Finanztransaktionssteuer, politische Union Europa, Ausstieg aus der Kernenergie etc.);
- das Ungerechtigkeitsempfinden und die Kapitalismuskritik, die auch in der sogenannten „arbeitnehmerischen Mitte“ der Gesellschaft weit verbreitet ist.



## Anhang:

Bei den von uns befragten Lohnabhängigen in Ost und West sind gesellschafts- und kapitalismuskritische Einstellungen und Urteile weit verbreitet. Eine durch Dichotomie geprägte Gesellschaft gilt Mehrheiten als „schlechte“, zukunftsuntaugliche Gesellschaft.

GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSYSTEM -WAHRNEHMUNG SOZIALER UNGLEICHHEIT			
	Trifft voll / trifft eher zu	Teils, teils	Trifft eher nicht/ gar nicht zu
In der Gesellschaft gibt es nur ein Oben und Unten.	West: 67 Ost: 60	W: 27 O: 24	W: 6 O: 16
Der gesellschaftliche Wohlstand könnte viel gerechter verteilt sein.	W: 74 % O: 79%	W:22 O: 17	W: 4 O: 4
Die heutige Wirtschaftsweise ist auf Dauer nicht überlebensfähig.	W: 54 O: 41	W: 34 O: 33	W: 12 O: 26
Kritik am kapitalistischen System führt uns nicht weiter, das sind nun einmal die Spielregeln.	W: 39 O: 30	W: 34 O: 28	W: 27 O: 42
Auf Arbeitslose sollte ein stärkerer Druck ausgeübt werden.	W: 54 O: 23	W: 32 O: 47	W: 14 O: 30
Eine Gesellschaft, in der man jeden auffängt, der nicht mitkommt, ist auf Dauer nicht überlebensfähig.	W: 51 O: 29	W: 34 O: 37	W: 15 O: 34

Dieser Befund stützt sich auf Statements zur Verteilungsgerechtigkeit, wahrgenommenen gesellschaftlichen Spaltungen und zur Legitimation der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Gesellschaft, die wir in den Belegschaftsbefragungen Ost und West angewendet haben. Das kritische Gesellschaftsbewusstsein umfasst drei Dimensionen:

- (1) *Dichotomie*: Große Mehrheiten der Befragten in Ost und West gehen davon aus, dass sie in einer Gesellschaft leben, die sich sozial zunehmend polarisiert. Dass es in der Gesellschaft nur noch ein „Oben“ und ein „Unten“ gibt, halten 67 % der Befragten des Automobilherstellers West für vollständig oder eher richtig, in den Ostbetrieben sind es immerhin 60 %.

- (2) *Verteilungsgerechtigkeit*: Dass der gesellschaftliche Reichtum viel gerechter verteilt werden könnte, ist fast schon ein Volksvorurteil: 74 % der produktionsnahen Arbeiter und Angestellten West und 79 % der Befragten Ost stimmen dieser Aussage vollständig oder eher zu.
- (3) *Beurteilung des Wirtschaftssystems, Akzeptanz kapitalistischer „Spielregeln“*: Aufgrund der wahrgenommenen Spaltungen und Ungerechtigkeiten bröckelt die Legitimationsgrundlage der kapitalistischen Wirtschaft. Der Aussage „Das heutige Wirtschaftssystem ist auf Dauer nicht überlebensfähig“ stimmen zumindest relative Mehrheiten in West (54 %) und Ost (41 %) zu. Auffällig ist der hohe Anteil an Befragten, die unentschieden sind (34 % West, 33 % Ost). Rechnet man diese Befragten hinzu, so summieren sich die kapitalismuskritischen Antworten auf 88 % West und 74 % Ost. Die gleiche Tendenz zeichnet sich auch bei der Gegenfrage ab, die auf die Akzeptanz der Spielregeln des Kapitalismus zielt. Dies allerdings mit einer deutlichen Ost-West-Differenz. Im Osten wird die Aussage, dass Kapitalismuskritik nicht weiterführt, mehrheitlich abgelehnt (42 % gegenüber 30 %); im Westen stößt sie eher auf Zustimmung (39 % gegenüber 27 %). Die relativ größte Gruppe stellen jedoch in beiden Fällen die Unentschiedenen dar.

Dieses gesellschafts- und kapitalismuskritische Bewusstsein bezieht seinen „Problemrohstoff“ sicherlich auch aus betrieblichen und Arbeitserfahrungen. Aber diese Erfahrungen erzeugen keine intellektuellen „Brücken“, keine Schemata, die Mikro- und Makrokosmos synchronisieren könnten. Im Gegenteil: Vor allem die Ost-Befragten sind mehrheitlich überzeugt, dass die positiven Elemente der Stiftungsverfassung ihres Unternehmens, ließen sie sich verallgemeinern, auch die Gesellschaft besser machen würden. Eher strukturieren die Konstruktionen des „guten Betriebs“ den erwünschten Gesellschaftsentwurf, als dass der kritische Blick auf die Gesellschaft die betrieblichen Erfahrungen bewerten könnte.